

Formalisierung und Normalisierung

Frankreich und die DDR in den 1970er-Jahren

Erik Haase*

» Das Interesse Ost-Berlins an guten Beziehungen mit Frankreich war stets groß, konnte die DDR doch auf diesem Weg ihr internationales Ansehen steigern und zugleich versuchen, das Führungs-Duo im kapitalistischen Westeuropa, Bonn und Paris, gegenseitig auszuspielen. In Paris hingegen sahen die Staatspräsidenten den eigenen Einfluss auf Deutschland als Ganzes als Mittel, die politische Führungsrolle in Europa zu behaupten und das besondere Verhältnis zur Sowjetunion zu wahren.

France-RDA

L'auteur revient sur les relations entre la France et l'Allemagne de l'Est dans les années 70, lorsque Berlin-Est, dans sa quête d'une reconnaissance internationale, cherchait à diviser le duo franco-(ouest-)allemand en Europe occidentale et que Paris pensait accroître son *leadership* en Europe en exerçant son influence sur l'ensemble de l'Allemagne divisée tout en sauvegardant ses bons rapports avec Moscou. Réd.

Nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen zwischen Paris und Ost-Berlin am 9. Februar 1973 hatte zwar das primäre Interesse der SED, die Unterwanderung der Hallstein-Doktrin, ihre Gültigkeit verloren, doch der Kampf um die Anerkennung der eigenen sozialistischen deutschen Identität war noch nicht gewonnen, nicht im Ausland und auch nicht bei der eigenen Bevölkerung. Der DDR-Führung war es ein besonderer Dorn im Auge, dass die sozial-liberale Bundesregierung am Fortbestehen einer deutschen Nation mit einheitlicher Nationalkultur sowie am Wiedervereinigungsgebot festhielt, indem sie zwar die staatliche nicht jedoch die völkerrechtliche Existenz der DDR anerkannte und ihr auch

keine genuine Staatsbürgerschaft beschied. Folgerichtig lautete das neue Ziel Ost-Berlins, über die Beziehungen mit dem im Westen bevorzugten Partner Frankreich die Gleichrangigkeit mit dem westdeutschen Konkurrenten herzustellen. Für die Staats- und Parteiführung stand daher die „Formalisierung“ der ostdeutsch-französischen Beziehungen im Vordergrund. In Form eines Konsularabkommens sollte die spezifische DDR-Staatsbürgerschaft anerkannt und mithilfe eines Kulturabkommens die Bonner These über die Existenz einer einzigen deutschen Kultur nation falsifiziert werden. Bereits bei der Aushöhlung der Hallstein-Doktrin halfen die intensiven Kontakte zur französischen politischen Klasse, so zum Beispiel die Geheimreisen von Hermann Axen nach Paris Anfang der 1970er-Jahre. Bei einem Gespräch mit Außenminister Maurice Schumann sondierte der Außenpolitiker des Politbüros die Chancen, die westliche Treue zur Bundesrepublik in der Frage der Anerkennung der DDR zu brechen.

In diesem Sinne sollten die anvisierten Verträge mit Frankreich ein Exempel für die Verhandlungen mit weiteren westlichen Staaten statuieren. Dieses gegen Bonn gerichtete Vorhaben sollte sich jedoch schwierig und langwierig gestalten. Zwar kam es am 6. September 1976 zum ersten Besuch von Außenminister Oskar Fischer in Frankreich,

* Erik Haase hat Politik und Französisch in Potsdam sowie Deutsch-Französische Kulturbeziehungen in Paris studiert. Er ist Praktikant in der Politischen Abteilung der Kanadischen Botschaft in Berlin.

dem ersten Besuch eines Außenministers der DDR im Westen überhaupt. Um die diplomatische Latte nicht allzu hoch zu legen, wurde Oskar Fischer jedoch nur zu einem „Arbeitsbesuch“, nicht zu einem „offiziellen Besuch“ eingeladen und auch nicht von Staatspräsident Giscard d'Estaing empfangen, wie es die politischen Gepflogenheiten normalerweise geboten hätten. Der SED-Sekretär für Internationale Verbindungen Hermann Axen bemühte in einem Telegramm an die französische Botschaft in Ost-Berlin sogar die Symbolik der deutsch-französischen Aussöhnung, um die bilateralen Beziehungen zu verbessern: „*Sie haben der BRD eine Hand ausgestreckt, reichen Sie uns die andere.*“

Ohne Erfolg. Es sollte zu keinem intensiveren Meinungs austausch kommen, wobei die Gründe eindeutig im Verhalten der DDR zu finden waren: Zunächst sah Frankreich in den Behinderungen des Transitverkehrs Richtung West-Berlin seitens der DDR-Grenzposten nicht nur Alliiertenrechte verletzt, sondern vermutete dahinter auch einen erneuten Versuch, West-Berlin dem Territorium der DDR anzueignen. Zudem rissen Berichte über Menschenrechtsverletzungen und andere Zwischenfälle an der deutsch-deutschen Grenze nicht ab. Schließlich verdeutlichten die Ausweisungen und Berufsverbote für Künstler in der DDR (Wolf Biermann, Robert Havemann u. a.), dass die Bestimmungen der KSZE von der DDR nicht respektiert wurden. Der französische Botschafter schlug daraufhin einen *gel diplomatique* vor, um der SED-Führung zu demonstrieren, dass sich Frankreich ein solches Verhalten nicht bieten lasse. Doch selbst wenn Frankreich machtpolitisch in der Lage gewesen wäre, die Beziehungen vorübergehend auf Eis zu legen, trieben die französische Regierung zwei Momente an, von Sanktionen Abstand zu nehmen.

1. Wirtschaftlicher Rückstand zur Bundesrepublik: Nach Konsultation der westlichen Verbündeten stellte die französische Botschaft fest, dass bis auf die Vereinigten Staaten keine Partei ein Einfrieren der Beziehungen befürwortete. Die Bundesregierung wollte die deutsch-deutschen Verhandlungen nicht gefährden und fürchtete, ebenso wie die Briten, wirtschaftliche Nachteile bei zu strengen diplomatischen Maßnahmen. So

befürchtete die Botschaft eine mögliche Isolierung Frankreichs gegenüber der DDR und warnte vor dem Verlust von Absatzmärkten: „*Wir dürfen nicht vergessen: Sollten uns mögliche politische Gegenmaßnahmen den Absatzmarkt der DDR kosten, würde die Bundesrepublik daraus notwendigerweise einen Handelsvorteil ziehen. Das sollten wir uns überlegen.*“ An diesem Beispiel zeigt sich, dass die DDR aufgrund der wirtschaftlichen Interessen der westlichen Staaten nicht völlig machtlos war.

2. Politischer Führungsanspruch in Europa und erste Adresse Moskaus im Westen: Neue *incertitudes allemandes*, also die französische Angst vor Bonner Alleingängen bezüglich des deutsch-sovietischen und des deutsch-deutschen Verhältnisses, waren das zweite Moment. Die Wirtschaftsbeziehungen zwischen der Bundesrepublik und der Sowjetunion gediehen seit dem Moskauer Vertrag (1970) prächtig und so bot Leonid Breschnew im Mai 1978 anlässlich seines Besuchs in Bonn der Bundesregierung an, Moskaus privilegiertester westeuropäischer Gesprächspartner zu werden. Diese Gefahr trieb Paris an, in den Beziehungen mit Osteuropa gegenüber der Bundesrepublik nicht ins Hintertreffen zu geraten.

Beunruhigt wurde der Elysée-Palast Mitte 1978 außerdem von Berichten amerikanischer, dann französischer und deutscher Zeitungen über Gespräche der SED mit der SPD über angebliche Neutralisierungspläne für Deutschland mit dem Ziel der Wiedervereinigung.

Spürbarer Klimawandel

Diese Gefahren waren für die französische Regierung Grund genug, die Beziehungen zum SED-Regime trotz dessen Verletzungen der KSZE-Bestimmungen zu intensivieren: Im Juni 1978 unterzeichnete Politbüromitglied Günter Mittag in Paris einen Liefervertrag für den Bau eines Gelenkwellenwerkes in Zwickau zwischen Citroën und den VEB Industrieanlagen-Import im Wert von 1,6 Milliarden Francs. Ein wirtschaftspolitischer Prestigeerfolg für Ost-Berlin. Nur einen Monat später erhielten die offiziellen Beziehungen eine spürbare Aufwertung, als der Staatssekretär im Außenministerium, Olivier Stirn, als erster Vertreter der französischen Regierung mit diplo-

matischer Verantwortung nach Ost-Berlin reiste. Die französischen Beziehungen zur DDR und zur Sowjetunion intensivierten sich im Laufe des Jahres 1978 so sehr, dass der sowjetische Außenminister Gromyko bereits im Oktober 1978 in Paris als Gastgeschenk die Beteuerung hinterließ, dass der Kreml Frankreich wieder als „privilegierten westlichen Gesprächspartner der UdSSR“ sähe.

Fortan sollten die ostdeutsch-französischen Kontakte nicht mehr vernachlässigt werden und die Besuche wurden stetig hochrangiger. Im Juli 1979 lud Erziehungsminister Christian Beullac seine DDR-Kollegin Margot Honecker zum Meinungsaustausch nach Paris. Bereits im März 1979 wollte Vize-Außenminister Herbert Krolikowski mit seinem Besuch in Paris den spürbaren Klimawandel zur Wiederaufnahme der Verhandlungen um die Kultur- und Konsularabkommen sowie zur Einladung des französischen Außenministers in die DDR nutzen. Mit Erfolg.

Am 23. Juli 1979 besuchte Jean François-Poncet als erster Außenminister der drei Westmächte Ost-Berlin. Diesen Aufenthalt nutzte die SED natürlich zur offensiven Mediatisierung der internationalen Aufwertung der DDR. Außerdem kam es zu einer aufsehenerregenden Vereinbarung: Innerhalb eines Jahres sollte das Volumen des ostdeutsch-französischen Wirtschaftsaustausches verdoppelt werden. Mit Milliardenaufträgen an die französische Industrie bedankte sich Ost-Berlin also für den internationalen Prestigegewinn.

Das Kultur- und das Konsularabkommen

Bei allen Erfolgen hakte es hingegen bei den prioritären bilateralen Verträgen. Dass sich die Verhandlungen so lange hinstreckten und zwei Entwürfe aus den Jahren 1974 und 1976 verworfen wurden, lag vor allem an der Position Frankreichs, einem Kulturabkommen nur unter der Bedingung der Errichtung eines französischen Kulturzentrums in Ost-Berlin zuzustimmen, das wiederum auch Voraussetzung zur Unterzeichnung eines Konsularabkommens wäre. Ost-Berlin hingegen stellte seinerseits ein Junktim auf, einem Kulturzentrum nur unter der Voraussetzung der Anerkennung der DDR-Staatsbürgerschaft zuzustimmen.

Frankreichs Forderungen lassen sich im Wesentlichen in fünf Punkten zusammenfassen:

1. Errichtung eines Kulturzentrums in der DDR mit freiem Zugang für jedermann;
2. Einsatz französischer Sprachlehrer an Oberschulen der DDR;
3. Durchführung von Schüleraustauschfahrten (also mehr ostdeutsche Jugendliche sollten die Erlaubnis erhalten, nach Frankreich zu reisen);
4. Wechselseitige Treffen zwischen Jugendlichen;
5. Verbreitung französischer Bücher, Zeitungen und Zeitschriften.

Nur durch einen Bezug auf die KSZE-Schlussakte und den Verweis auf die Gültigkeit der jeweiligen innerstaatlichen Rechtsordnung in der Präambel des Kulturabkommens konnte es kurz vor dem Besuch des Außenministers am 16. Juni 1979 vereinbart werden. Auf den ersten Blick ein Erfolg für die SED, konnte sie doch nun anhand dieses Kulturabkommens neben der staatlichen auch die spezifische sozialistische Identität der DDR mit einem völkerrechtlichen Vertrag mit einer Westmacht und dem engsten Verbündeten Bonns dokumentieren. Insgesamt musste Ost-Berlin aber eindeutig französischen Positionen weichen. Insbesondere das *Centre culturel français* als „Schaufenster des Westens“ auf dem exponierten Boulevard Unter den Linden sollte der Staats- und Parteiführung in der Folge einige Kopfschmerzen bereiten. Auch den Konsularvertrag konnte Paris zu seinen Gunsten entscheiden und behauptete sich in der Ablehnung einer exklusiven DDR-Staatsbürgerschaft. Sprachlich distinguiert sprach das Konsularabkommen von *ressortissants de la RDA* und nicht von *citoyens*. So kam Frankreich in dieser Frage Bonner Interessen entgegen.

Trotz aller Schwierigkeiten bildete diese intensive Phase des bilateralen Verhältnisses Ende der 1970er-Jahre die Grundlage für noch engere Beziehungen in den 1980ern mit den Höhepunkten Eröffnung der Kulturzentren in Paris und in Ost-Berlin, weiterer Ausbau der Wirtschaftsbeziehungen sowie Besuch Erich Honeckers in Paris 1988. Bis zum Ende der DDR hatten die „anderen deutsch-französischen Beziehungen“ für beide Seiten die utilitaristische Absicht, gegenüber Bonn machtpolitische Vorteile zu erringen und gleichzeitig die Position zu Moskau aufzuwerten.